

Ein Staat für den Bürger

Erfolgsgeschichte Bundesrepublik Deutschland

Martin Kessens

Zum 60. Geburtstag der Bundesrepublik hatte das Cloppenburgener Bildungswerk zu einem Vortrag mit Hans Koschnik eingeladen. Koschnik, einer der herausragenden Politiker der Bundesrepublik, gehörte 22 Jahre dem Bremer Senat an, davon 18 Jahre als Regierungschef. Außerdem war er von 1987 bis 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages und in vielfältiger Hinsicht als außenpolitischer Berater oder Beauftragter der Bundesregierung tätig.

2009 wurde Hans Koschnik 80 Jahre alt, die Bundesrepublik Deutschland wurde 60. Somit war er seit den Anfängen an der Gestaltung der jungen Republik beteiligt. Seine Begeisterung für die Demokratie und für das Grundgesetz wurde an dem spannenden Vortragsabend deutlich.

Mehrmals betonte Koschnik, dass das Grundgesetz vor allem eines sei: Die Gesetz gewordene Überzeugung, dass der Staat für den Bürger da ist, und nicht der Bürger für den Staat. Dabei gelte immer das Prinzip: Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Während des „kalten Krieges“, beginnend mit der Berlin-Blockade und dem Koreakrieg bis hin zur Errichtung des „Eisernen Vorhangs“ lief Deutschland Gefahr, zwischen den Systemen zerrieben zu werden. Allen voran wollten die Amerikaner einen Staat mit Leuchtturmfunktion schaffen.

Der neue Staat aber blieb, so Koschnik, ein Provisorium.

Es entstand das Grundgesetz mit einem Katalog an Grundrechten statt einer Verfassung. Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Frage: Was darf der Staat überhaupt? Welche Befugnisse hat er? Denn man hatte zunächst nicht geklärt, wie Länder, Behörden und der Staat strukturiert sind und wie ihr Verhältnis zueinander aussehen sollte.

Besonders sympathisch empfand Koschnik den Verzicht auf eine Notstands - Gesetzgebung, die dem

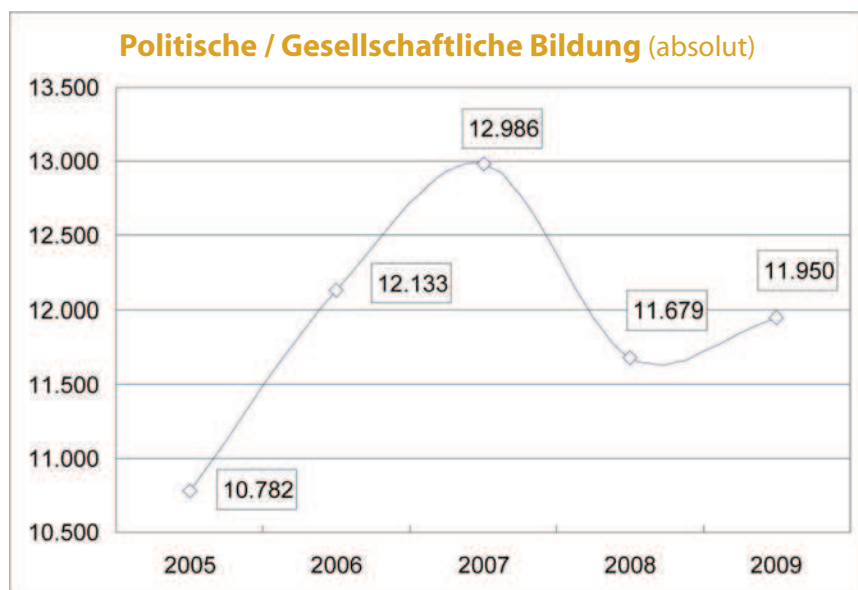
Präsidenten uneingeschränkte Macht verliehen hätte. „Wir dürfen erwarten, dass die Demokratie stark genug ist, in der Not zu bestehen“. Unverständlich sei ihm bis heute, dass das Grundgesetz nach der Wiedervereinigung nicht zur Volksabstimmung vorgelegt worden sei. „Wir sollten mehr Mut haben, das Volk mitbestimmen zu lassen“, sagte er. Sein Vertrauen in das Grundgesetz und in die Grundrechte sei unerschütterlich und es sei



Politische / Gesellschaftliche Bildung

Der Anteil politischer Bildung lag in den Jahren 2005 – 2009 zwischen 6,5 und 7,8 % der Gesamtleistung der KEB.

Politische Themen wie z.B. *60 Jahre Grundgesetz, Europäische Union, Flucht und Vertreibung, 20 Jahre Grenzöffnung* sowie Gesellschaftspolitische Themen wie z.B. *zur Zukunft des Ehrenamts, Von Vätern und Vorbildern, Gesundheitsreform* und Entwicklungspolitische Themen wie z.B. *Afrika - ein Kontinent am Abgrund; Arbeitskreis Bolivien; Fairer Handel* oder auch aktuelle Fragen der Armutsentwicklung werden in unterschiedlichen Veranstaltungsformen angeboten.



ein hohes Gut, in einem freien Staat zu leben.

Auch sein Vertrauen in die Gewaltenteilung sei groß. Dass bisher jede Regierung mit irgendwelchen Gesetzen am Bundesverfassungsgericht gescheitert sei, sei in seinen Augen ein Beweis dafür, dass sich die Richter ihre Unabhängigkeit bewahrt hätten.

1994 übertrug die Europäische Union Hans Koschnick das Amt eines EU-Administrators in Bosnien-Herzegowina zur Koordination des Wiederaufbaus, der Verwaltung und Infrastruktur der kriegszerstörten Stadt Mostar. Darüber hinaus war er auch aktiv als Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe im Bundestag und als Präsident des Deutschen Polen-Instituts (2000 – 2005). Nach wie vor setzt sich Koschnick für Ethik- und Friedenserziehung ein.



Foto: Hans-Josef Lüching / wikimedia



Martin Kessens | LA Theologie / Sport |
Direktor der KEB im Offizialat Oldenburg